



Verbände - Allianz - Karlsruhe

Liebe Mitglieder,

Die Corona-Pandemie hat unsere Wirtschaft in nie da gewesener Weise getroffen. Die Flutkatastrophe schien über ein völlig unvorbereitetes Deutschland zu kommen und hat in manchen Regionen Nachkriegszustände hinterlassen.

Das wirft viele Fragen für die Zukunft auf, die wir im anstehenden Bundestagswahlkampf beantwortet haben wollen. In bewährter Weise haben wir als Verbändeallianz Karlsruhe die Kandidatinnen und Kandidaten deshalb vorab um Antworten auf die wichtigsten Zukunftsfragen unserer Branchen gebeten.



Mit diesem Video oder Pdf informieren wir Sie über deren Positionierung zu branchenrelevanten Fragen und hoffen, dass wir Ihnen ein bisschen dabei helfen, die richtige Wahl zu treffen.

Kreishandwerkerschaft Region Karlsruhe
Andreas Reifsteck

DEHOGA Karlsruhe
Dr. Michael Kant

Handelsverband Nordbaden
Sven Rubel

Die Bundestags-Kandidaten stellen sich
den wichtigsten Fragen der Wirtschaft

Die Bundestags-Kandidaten zu den wichtigsten Fragen von Hotellerie und Gastronomie

Unterstützen Sie im Interesse eines fairen Wettbewerbs und zur Stärkung der Ertragskraft der klassischen Restaurants zum einen die Forderung des DEHOGA nach einer dauerhaften Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Speisen in der Gastronomie, zum anderen die Forderung des DEHOGA, durch die Einbeziehung der Getränke in den reduzierten Mehrwertsteuersatz in die Zukunftssicherung der getränkegeprägten Gastronomie (insbesondere Bars, Kneipen, Clubs und Diskotheken) zu investieren, sowie die Forderung des DEHOGA, angesichts der besonderen Notlage dieser Betriebe aufgrund der Corona-bedingten Schließungen auch auf Eintrittsgelder in Diskotheken und Clubs lediglich den reduzierten Mehrwertsteuersatz zu erheben?

Unterstützen Sie eine dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke sowie eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auch auf Eintrittsgelder in Diskotheken und Clubs?

Die bestehende Regelung ist vollkommen unlogisch und schafft nur sinnlosen bürokratischen Aufwand. Unterschiedliche Besteuerungssätze sind weder zeit- noch sachgemäß.

Die Entfristung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Speisen in Restaurants wird ebenso befürwortet, wie auch die Einbeziehung von Getränken in den reduzierten Mehrwertsteuersatz. Das durch die Corona-Politik stark betroffene Gastronomie- und Gaststättengewerbe muss über Steuer-Erleichterungen zu Wirtschaftskraft verholfen werden - Abschaffung der CO₂-Steuer, der Strombesteuerung sowie die Ablehnung jedweder Substanzbesteuerung.

Die AfD setzt sich grundsätzlich für eine Senkung der Mehrwertsteuer ein. Für Bars, Clubs, Diskotheken und Kneipen, in denen kein Essen verkauft wird und somit von der Senkung der Mehrwertsteuer nicht profitieren, ist ein Rettungsfond zu gründen, um weitere Insolvenzen zu verhindern.



Alternative
für
Deutschland

Unterstützen Sie eine dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke sowie eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auch auf Eintrittsgelder in Diskotheken und Clubs?

Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Gastronomiebranche während der Pandemie unterstützt und tut dies mit den noch immer geltenden niedrigeren Mehrwertsteuersätzen noch immer. Auch in Zukunft werden wir uns für gute Rahmenbedingungen für die Gastronomie einsetzen. Das bedeutet für mich, dass wir ernsthaft darüber nachdenken müssen, den Mehrwertsteuersatz in der gesamten Gastronomie langfristig auf sieben Prozent zu senken.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

Unterstützen Sie eine dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke sowie eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auch auf Eintrittsgelder in Diskotheken und Clubs?

Zum Thema Mehrwertsteuersatz für Speisen in der Gastronomie hat unsere Partei derzeit keine dezidierte Meinung. Ich finde Ihren Ansatz interessant. An dieser Stelle ist sicher auch das Positionspapier der Bundestagsfraktion zum Thema Wirtschaftshilfen aussagekräftig.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Unterstützen Sie eine dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke sowie eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auch auf Eintrittsgelder in Diskotheken und Clubs?

Wir fordern Steuersenkungen! Die Mehrwertsteuer muss einheitlich und nachvollziehbar sein und am besten gesenkt werden. Es ist notwendig, dass diverse Betriebe nach der Pandemie die Chance haben, zu investieren. Daher ist die FDP für klare Entlastung.



Freie
Demokraten
Kreisverband
Karlsruhe-Stadt **FDP**

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Unterstützen Sie eine dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke sowie eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auch auf Eintrittsgelder in Diskotheken und Clubs?

Bund und Länder haben den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Speisen in Restaurants bereits bis Ende 2022 eingeführt. Ich bin dafür offen, diesen reduzierten Steuersatz auch auf die Eintrittsgelder von Clubs zu erheben. Über eine mögliche Ausweitung der Maßnahmen müssen wir im nächsten Jahr entscheiden.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Unterstützen Sie eine dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke sowie eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auch auf Eintrittsgelder in Diskotheken und Clubs?

DIE LINKE will Kneipen, Restaurants, Gaststätten etc. in der Corona-Krise retten! Denkbar sind neben einem weiteren Rettungspaket eine Koppelung der Rückzahlbarkeit von KfW-Krediten an die Unternehmensgewinne sowie die Umwandlung von KfW-Krediten in Zuschüsse, falls Umsatz und Gewinne noch länger zu niedrig sind.

Eine (temporär) ermäßigte Umsatzbesteuerung für Restaurationsleistungen lehnen wir als nicht zielführend ab. Einem Großteil der Gastronomiebranche würde eine Umsatzsteuersenkung kaum helfen, eine deutliche Umsatzsteigerung ist selbst bei einer Preissenkung eher unwahrscheinlich. Gerade den Gastronomiebetrieben, die es am Nötigsten haben, weil sie kurz vor der Insolvenz stehen, brauchen jetzt finanzielle Unterstützung, um die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden.

Kneipen, Bars und Clubs, die ausschließlich Getränke – in der Regel mit 19% Umsatzsteuer – anbieten, werden jedoch gar nicht von einer Steuerentlastung für Speisen profitieren. Hier sind Soforthilfen für getränkebasierte Geschäftsmodelle notwendig.



DIE LINKE.

Unterstützen Sie die Forderung des DEHOGA nach einer Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit, wobei keinesfalls eine Erhöhung der wöchentlichen oder monatlichen Arbeitszeit erfolgen soll, sondern vielmehr die vertraglich oder tariflich vereinbarte Arbeitszeit besser und individueller im Sinne von Mitarbeitern und Gästen und flexibler auf einzelne Wochentage verteilt werden können soll?

Unterstützen Sie eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitszeit?

Zur Förderung der Arbeitszeitflexibilisierung unterstütze ich die Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Arbeitszeit. Ich bin für jede Form der Arbeitszeitflexibilisierung. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen sollte für maximal 24 Monate möglich sein. Kettenverträge bzw. Kettenbefristungen sind aus arbeitsschutzrechtlicher Sicht auszuschließen.



Alternative
für
Deutschland

Unterstützen Sie eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitszeit?

Der CDU-Bundesparteitag hat bereits im November 2019 entschieden, das deutsche Arbeitszeitrecht zu flexibilisieren. Dies haben CDU und CSU in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2021 bekräftigt. Danach soll anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit treten. Dabei müssen aber die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten im Sinne des Arbeitnehmerschutzes gewährleistet bleiben. Vor diesem Hintergrund werden wir die Arbeitszeitregelung nur für nicht gefahrgeneigte Berufe flexibilisieren.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

Unterstützen Sie eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitszeit?

Wir wollen Beschäftigte in Branchen, in denen die Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen unterstützen. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Zeit für sich selbst zu haben –, verbessert werden. Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe eines flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die Arbeitszeit soll künftig dokumentiert werden, so wie es der Europäische Gerichtshof in einem Urteil entschieden hat.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Unterstützen Sie eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitszeit?

Wir brauchen in Deutschland ein neues Arbeitszeitgesetz, das die neue Flexibilität, übrigens nicht nur in der Gastronomie, widerspiegelt. Das Arbeitszeitgesetz muss unter Berücksichtigung von Gesundheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen reformiert werden.



Freie
Demokraten
Kreisverband
Karlsruhe-Stadt **FDP**

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Unterstützen Sie eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitszeit?

Nein. Wir sprechen uns dort für Flexibilisierungen aus, wo sie geboten sind und die Rechte und Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht einschränken. Das wäre bei der Einführung einer generellen Wochenarbeitszeit aber der Fall.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Unterstützen Sie eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitszeit?

Wir setzen uns für eine Begrenzung des Arbeitstages ein. Zu lange und flexible Arbeitszeiten schaden der Gesundheit und erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Maßstab für die Dauer und die Verteilung der Arbeitszeit sollten die Wünsche der Beschäftigten sein.

Mehr Souveränität bei der Verteilung der Arbeitszeit wäre ebenfalls im Sinne der Beschäftigten. Die Fraktion DIE LINKE steht für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Arbeitszeitverkürzung ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit und zum Erhalt von Arbeitsplätzen.



DIE LINKE.

Welche Pläne verfolgen Sie, um den notwendigen Abbau überflüssiger Bürokratie zu beschleunigen?

Welche Pläne verfolgen Sie, um den notwendigen Abbau überflüssiger Bürokratie zu beschleunigen?

- Reduzierung von Gesetzen und Rechtsverordnungen sowie Einführung moderner Verwaltungsverfahren und –instrumente
- Abbau von gesetzlichen Berichts-, Report- und Dokumentationsverpflichtungen für Handwerksbetriebe und Handel (z. B. DSGVO).
- Verpflichtende Einführung von One-Stop-Agency – nur noch ein Ansprechpartner bzw. eine Kontaktperson im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens
- Einführung einer grundsätzlichen parallelen bzw. sternförmigen Bearbeitung von Anträgen
- Förderung mobiler Bürgerämter in den ländlichen Räumen



Marc Bernhardt, Kandidat der AfD

Welche Pläne verfolgen Sie, um den notwendigen Abbau überflüssiger Bürokratie zu beschleunigen?

Im Rahmen eines umfassenden Entfesselungspakets werden wir Unternehmen von Bürokratiekosten in Milliardenhöhe entlasten.

CDU und CSU werden die Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen erhöhen, die Ist-Versteuerung ausweiten und die Informations- und Statistikpflichten begrenzen. Im Arbeits- und Sozialrecht wollen wir die Schwellenwerte, die sich an der Betriebsgröße orientieren, so weit wie möglich vereinheitlichen und vereinfachen. Wir werden die steuerlichen Betriebsprüfungen beschleunigen und modernisieren, damit sie zeitnah, effizient und unbürokratisch erfolgen.

Um vor allem Mittelstand und Familienunternehmen zu entlasten, sollen Erfolgskontrolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen Praxis-Check geprüft werden. Wir wollen Meldepflichten für die amtliche Statistik reduzieren und wir wollen EU-Vorgaben entbürokratisieren und sie grundsätzlich eins-zu-eins umsetzen.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

Welche Pläne verfolgen Sie, um den notwendigen Abbau überflüssiger Bürokratie zu beschleunigen?

Der Bürokratieabbau ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Prozesse müssen einfacher und schneller werden. Und es braucht auch mehr Personal an vielen Stellen der öffentlichen Hand, um Anliegen zeitig zu bearbeiten. Darüber hinaus wollen wir Digitalisierung an vielen Stellen erheblich voranbringen, damit Anliegen, standardisiert, automatisiert niederschwellig und schnell bearbeitet werden können.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Welche Pläne verfolgen Sie, um den notwendigen Abbau überflüssiger Bürokratie zu beschleunigen?

Die FDP ist die Partei des Bürokratieabbaus, damit rennen Sie bei uns offene Türen ein. Die Bürokratie erstickt unsere Unternehmen und es drohen weitere Vorschriften hinzu zu kommen. Wir fordern konkret, für jede neue Verordnung müssen zwei Verordnungen wegfallen.



Michael Theurer, Kandidat der FDP

Welche Pläne verfolgen Sie, um den notwendigen Abbau überflüssiger Bürokratie zu beschleunigen?

Wir sind für Bürokratieabbau. In den vergangenen vier Jahren haben wir drei Gesetze zum Abbau von Bürokratie beschlossen und ein viertes konzipiert. Bürokratieabbau darf aber nicht dazu missbraucht werden, Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzubauen, den Arbeitsschutzstandard zu senken oder Steuerschlupflöcher zu eröffnen. Aber da sind wir sicherlich mit Ihnen einer Meinung.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Welche Pläne verfolgen Sie, um den notwendigen Abbau überflüssiger Bürokratie zu beschleunigen?

Für DIE LINKE ist ein Abbau der Bürokratie kein Selbstzweck, sondern muss je nach Situation abgewogen werden. Beispiele wie Arbeitszeit- und Sicherheitskontrollen, sowie die Umsetzung von Menschenrechts- und Umweltstandards zeigen, dass Bürokratie in einigen Bereichen notwendig ist und gar ausgebaut werden muss. In anderen Bereichen ist eine Entbürokratisierung jedoch wünschenswert. Dazu zählt beispielsweise der Zugang zu staatlichen Hilfen für abgehängte und marginalisierte Gruppen.



Michael Brandt, Kandidat der DIE LINKE



Handelsverband
Nordbaden

Verbände - Allianz - Karlsruhe

Die Bundestags-Kandidaten zu den wichtigsten Fragen des Handels

Was sind Ihre Leitlinien für den Erhalt lebenswerter Innenstädte und/ oder Stadtteilzentren?

Wie ist Ihre Strategie, um weitere Lockdowns zu verhindern und die Kosten der Pandemie zu finanzieren?

Aktive Förderung von Gewerbeansiedlung, Gewerbehöfe und Gründerzentren
Städte und Gemeinden sollen Handwerksbetrieben und potentiellen Existenzgründern für verbesserte Gründungs- und Wachstumschancen attraktive Gewerbeflächen mit langfristigen Mietverträgen zu dauerhaft günstigen Konditionen anbieten – Planungssicherheit durch bezahlbare und geeignete Gewerberäume.

Ankauf und Vermietung von Flächen und Gebäuden in urbanen Zentren, Innerstädtischen Räumen mit verdichteter Bauweise, in gut erschlossener Lage und Infrastruktur zur Unterstützung von Ansiedlungsaktivitäten von Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks sowie gewerberelevanter Beratungs- und Dienstleistungen.

Ziel ist die Ansiedlung von aufeinander abgestimmten Handwerksbetrieben und Dienstleistern in einer kundennahen Mischung von Handwerk, Arbeiten, und Wohnen in urbanen Verdichtungsräumen. Einbindung zentraler Beratungs- und Serviceleistungen sowie Vermietung von Büros, Gemeinschaftsräumen und sonstigen Flächen zu Gunsten von Kosten- und Synergieeffekten.



Alternative
für
Deutschland

Wie ist Ihre Strategie, um weitere Lockdowns zu verhindern und die Kosten der Pandemie zu finanzieren?

Wir wollen unsere Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne erhalten. Sie müssen nach der Corona-Krise neugestaltet und in ihrer Funktion als Orte der Begegnung und Vielfalt gestärkt werden. Lebendige Fußgängerzonen, Marktplätze und der Einzelhandel vor Ort machen unsere Städte lebenswert.

Deshalb werden wir einen Zukunftspakt für Innenstädte schmieden. Als wichtigen Teil des Pakts werden wir zusätzlich zu den bestehenden Städtebauprogrammen ein Förderprogramm „Attraktive Innenstadt“ auflegen, von dem auch kleinere Städte und Gemeinden profitieren. Damit wollen wir deutlich mehr Mittel bereitstellen, beispielsweise für die Modernisierung von Fußgängerzonen oder den Umbau von Passagen und Ladengeschäften. Auch Dorf- und Innenstadtmanager mit einschlägigem Know-How sollen so gefördert werden können. Wir werden Smart-City-Konzepte entwickeln und ein eigenständiges Programm für mehr Grünflächen und natürliche Vielfalt in der Stadt auflegen.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

CDU

Wie ist Ihre Strategie, um weitere Lockdowns zu verhindern und die Kosten der Pandemie zu finanzieren?

Die beste Prävention gegen einen weiteren Lockdown stellt die Ausweitung der Impfung dar. Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden. Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß gestalten, sodass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so dringenden Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen. So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Wie ist Ihre Strategie, um weitere Lockdowns zu verhindern und die Kosten der Pandemie zu finanzieren?

Zunächst mussten alle COVID-19 verstehen lernen. Deshalb haben wir die strikten Maßnahme der Regierung zunächst mitgetragen. Inzwischen ist die Situation eine Andere. Viele Menschen sind geimpft einen erneuten Lockdown lehnen wir ab. Wir wollen die Kräfte des Marktes entfesseln und die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger entlasten. Eine Finanzierung durch erhöhte Steuern ist nicht zielführend. Es gilt der Dreiklang: investieren, entlasten, entfesseln.



Freie
Demokraten
Kreisverband
Karlsruhe-Stadt FDP

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Wie ist Ihre Strategie, um weitere Lockdowns zu verhindern und die Kosten der Pandemie zu finanzieren?

Einen erneuten Lockdown schließe ich aus. Wir erleben aktuell eine vierte Welle, die vor allem eine Pandemie der Ungeimpften ist. Das darf und wird nicht dazu führen, dass für die geimpften Erwachsenen erneut einschneidende Maßnahmen erfolgen. Wir müssen als Politik weiter dafür werben, dass die Impfquote ansteigt. Das ist der einzige große Hebel, auch um unser Gesundheitswesen zu entlasten.

Ebenso bin ich absolut gegen eine Einstellung des Schulbetriebs. Präsenzunterricht ist unerlässlich.

Es wird vor allem über Wachstum gelingen, das wir mit der Krisenbekämpfung ermöglichen. Die Weltfinanzkrise 2008/2009 hat gezeigt: Ja der Staat verschuldet sich in der Krise, aber 10 Jahre später standen wir besser da als je zuvor und haben alle Stabilitätskriterien in Europa erfüllt. Voraussetzung dafür ist mit einem gewissen Versatz zur Krise wieder ein Festhalten an der Schuldenbremse und eine maßvolle Haushaltspolitik in Nicht-Krisenjahren.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Wie ist Ihre Strategie, um weitere Lockdowns zu verhindern und die Kosten der Pandemie zu finanzieren?

Wir von DIE LINKE wollen die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen. Das bedeutet mehr Bäume und Grünflächen, mehr Sitzgelegenheiten, mehr Außengastronomie. Das kulturelle Angebot in der Innenstadt muss größer werden. Dabei verstehen wir Kulturförderung weitergehend auch als Infrastrukturförderung. In diesem Sinne wollen wir die kulturelle Infrastruktur in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren erhalten, auf- und ausbauen.

Zur Stabilisierung des Mietpreises für Anwohnende und Geschäfte braucht es den Aufkauf von Immobilien und die Möglichkeit eines Mietendeckels. DIE LINKE setzt sich zudem für eine autofreie Innenstadt ein.



Michael Brandt, Kandidat der DIE LINKE

Nach Corona:

Wie ist Ihre Präventionsstrategie, um in Zukunft weitere Lockdowns zu verhindern und wie sollen die Kosten der Pandemie finanziert werden?

Was sind Ihre Leitlinien für den Erhalt lebenswerter Innenstädte und/ oder Stadtteilzentren?

Die seit 18 Monaten durch die Bundesregierung immer wieder vorgenommene Lockdown-Verlängerungen sind keine Lösung des Problems, sondern verursachen vielmehr massive gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgeprobleme, deren Schäden noch nicht überschaubar sind.

Auch die WHO betonte, dass nationale Lockdowns immer nur kurzfristige Maßnahmen sein dürfen. Mit der AfD gibt es keine Lockdown-Politik, die sich auf einen kleinen Kreis selbsternannter Experten stützt.

Der Bundestag wurde von der Bundesregierung seiner Kompetenzen enthoben und nimmt seine legislativen Pflichten nicht mehr wahr. Die AfD fordert daher, eine von der Bundesregierung und dem Robert Koch-Institut (RKI) unabhängige Expertenkommission einzurichten, die dem Bundestag bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und Befugnisse, staatliche Handlungsmöglichkeiten als Alternativen zum Lockdown zu entwickeln, beratend zur Seite steht. Der Kommission sollen Personen aus der Praxis, Infektionsmediziner, Krankenhaushygieniker, Gesundheitsamts-Experten sowie Experten aus der Wirtschaft angehören.



Alternative
für
Deutschland

Marc Bernhardt, Kandidat der AfD

Was sind Ihre Leitlinien für den Erhalt lebenswerter Innenstädte und/ oder Stadtteilzentren?

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat bereits deutlich gemacht, dass es zu einem Lockdown für Geimpfte im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht mehr kommen wird. Für Ungeimpfte kann ein weiterer Lockdown allerdings nicht ausgeschlossen werden.

Der Bundeshaushalt 2021 steht ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Auf Bitten der Bundesregierung haben die Koalitionsfraktionen die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf vom September 2020 um rund 85 Mrd., Euro auf fast 500 Mrd. Euro angehoben. Wir können diese hohen Ausgaben und den massiven Einbruch der Steuereinnahmen nur mit einer deutlich höheren Neuverschuldung als im Regierungsentwurf finanzieren. Diese hohen Schulden waren ausnahmsweise erforderlich, um unser Land sicher durch die Jahrhundert-Pandemie zu bringen. Im nächsten Bundeshaushalt müssen wir zur schwarzen Null zurückkehren. Die Schuldenbremse muss dort eingehalten werden.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

CDU

Was sind Ihre Leitlinien für den Erhalt lebenswerter Innenstädte und/ oder Stadtteilzentren?

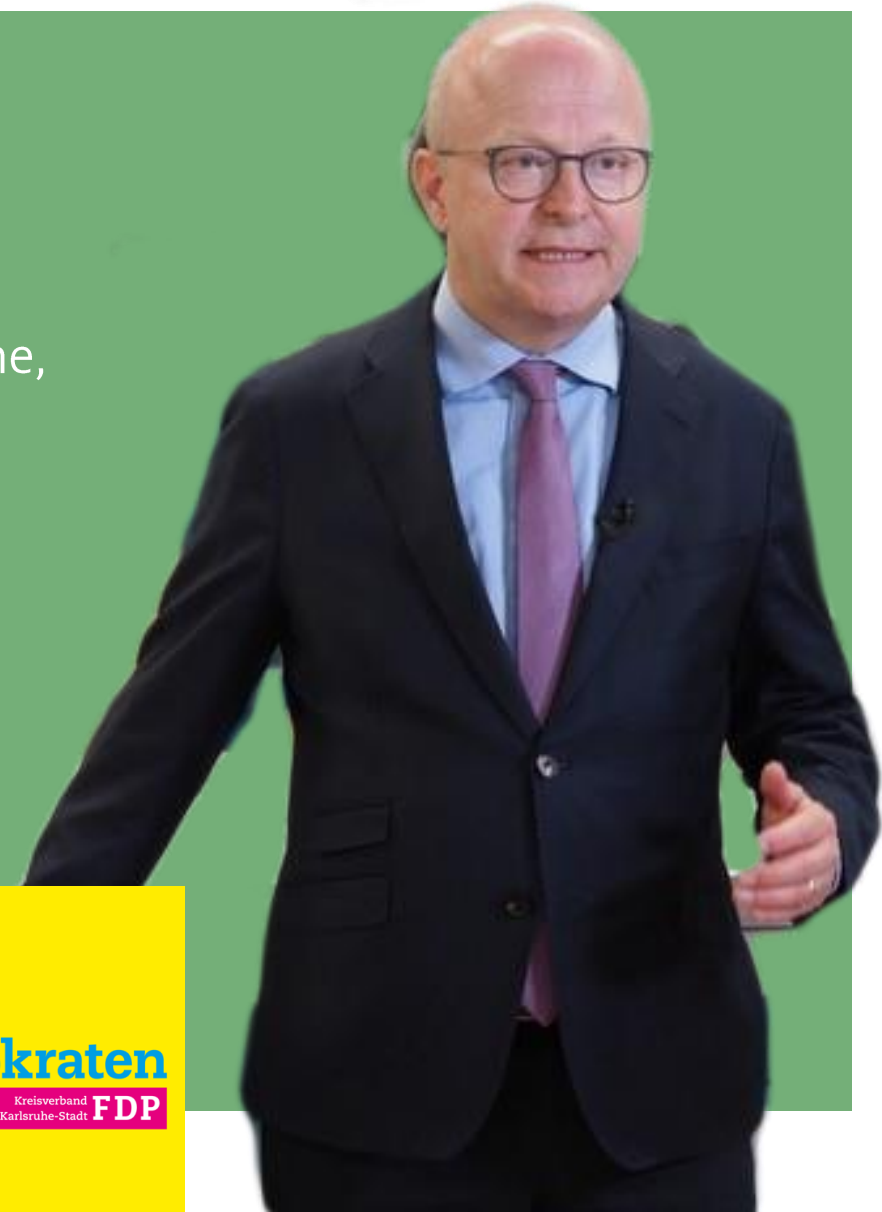
Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere Menschen trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch und geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Mit einer guten Baukultur wollen wir Stadtzentren und Ortskerne lebenswerter, attraktiver und auch für alle Menschen sicherer machen durch neues Wohnen, Gewerbe, Bildung und Kultur. Eine kluge Stadtentwicklungspolitik, nachhaltige Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen, dass auch der Einzelhandel und das Handwerk dort eine Zukunft haben. Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit man auch in Zeiten immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen insbesondere der inhabergeführte stationäre Einzelhandel attraktive Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Was sind Ihre Leitlinien für den Erhalt lebenswerter Innenstädte und/ oder Stadtteilzentren?

Die Innenstädte verändern sich. Reine Ladenstraßen müssen aufgelockert werden. Erst Wohnen, Kultur, Gastronomie und Läden bilden ein lebenswertes Ensemble. Dazu gehören aber auch ein funktionierender ÖPNV, Individualverkehr und natürlich eine moderne, digitale Infrastruktur.



Freie
Demokraten
Kreisverband
Karlsruhe-Stadt FDP

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Was sind Ihre Leitlinien für den Erhalt lebenswerter Innenstädte und/ oder Stadtteilzentren?

Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Die gemeinsam mit den Ländern getragene Städtebauförderung sichern wir ab. Wir unterstützen die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch eine Mietpreisbegrenzung, einen Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, durch Konzepte zur Revitalisierung von Standorten und die Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten. Wir werden generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen in Städten und Quartieren fördern.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Was sind Ihre Leitlinien für den Erhalt lebenswerter Innenstädte und/ oder Stadtteilzentren?

Die Coronakrise ist auch Ergebnis der Vernachlässigung wichtiger Pfeiler einer funktionierenden Gesellschaft. Wir wollen daher alle Hebel in Bewegung setzen, um den weiter anhaltenden Pflegenotstand zu beenden. Das System der Fallpauschalen wollen wir durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ersetzen. Die Gehälter in der Pflege wollen wir erhöhen, das hilft auch gegen Fachkräftemangel. Schulen müssen unverzüglich mit Luftfilteranlagen ausgestattet werden. Zudem wollen wir, dass die Patente für Impfstoffe aufgegeben werden. Denn eine Weltweite Immunisierung ist auch in unserem Interesse.

Die Frage, wer für die Krise bezahlt, ist für DIE LINKE zentral. Es darf nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und normalen Einkommen geschröpft werden. Wir brauchen eine einmalige Vermögensabgabe von Multimillionären und Milliardären. Diejenigen Unternehmen, die besonders von der Krise profitiert haben, müssen eine Coronasteuer zahlen.



Michael Brandt, Kandidat der DIE LINKE

DIE LINKE.

Was wollen Sie für mehr Wettbewerbsfairness in der Plattformökonomie tun?

Was wollen Sie für mehr Wettbewerbsfairness in der Plattformökonomie tun?

Beseitigung der steuerlichen Ungleichbehandlung zwischen Unternehmen innerhalb und außerhalb des Digitalsektors durch Änderung der bestehenden Steuerstruktur (z.B. bei Investitionsgüterabschreibungen). Das Wettbewerbsrecht ist durch Konkretisierungen zur Begrenzung der Marktmacht der digitalen Unternehmen zu ergänzen (in §§ 19 und 20 GWB). Ein neues Gesetz zur Herstellung der Interoperabilität der Märkte muss die erforderlichen Interventionsmaßnahmen zusammenfassen.

Beschleunigung der öffentlichen Auftragsvergabe zur Förderung des Mittelstandes und Verbesserung der Marktchancen lokaler Anbieter. (z. B. Verkürzung von Fristen, Anhebung von Wertgrenzen, bevorzugte Vergabe an ortsansässige Betriebe).

Einführung von bundeseinheitlichen Fördermitteln für lokale Wirtschaftsfördergesellschaften, Gewerbehöfe, Gründerzentren und Unternehmerngemeinschaften für „Plattformen für den regionalen Handel und regionale Dienstleistungen“.

Sofortiger Abbau der Bearbeitungsrückstaus bei den Entschädigungsanträgen nach dem Infektionsschutzgesetz (Maßgabe einer zukünftigen 14-Tage-Frist-Genehmigungsfrist).



Alternative
für
Deutschland

Was wollen Sie für mehr Wettbewerbsfairness in der Plattformökonomie tun?

Wettbewerbsfairness zwischen Plattformökonomie und stationärem Handel wollen wir zum einen durch konsequente Besteuerung multinationaler Konzerne – und damit auch einiger international tätiger Versandhandelsunternehmen – herstellen. Dafür hat sich die unionsgeführte Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode für eine globale Mindeststeuer eingesetzt, die schließlich von den G7-Staaten beschlossen wurde. Zum anderen wollen wir den stationären Handel durch eine Aufwertung der Innenstädte und Einkaufszentren stärken. Denn wir glauben an das Interesse der Menschen, Produkte vor Ort im Handelsgeschäft auszuprobieren und zu erleben.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

CDU

Was wollen Sie für mehr Wettbewerbsfairness in der Plattformökonomie tun?

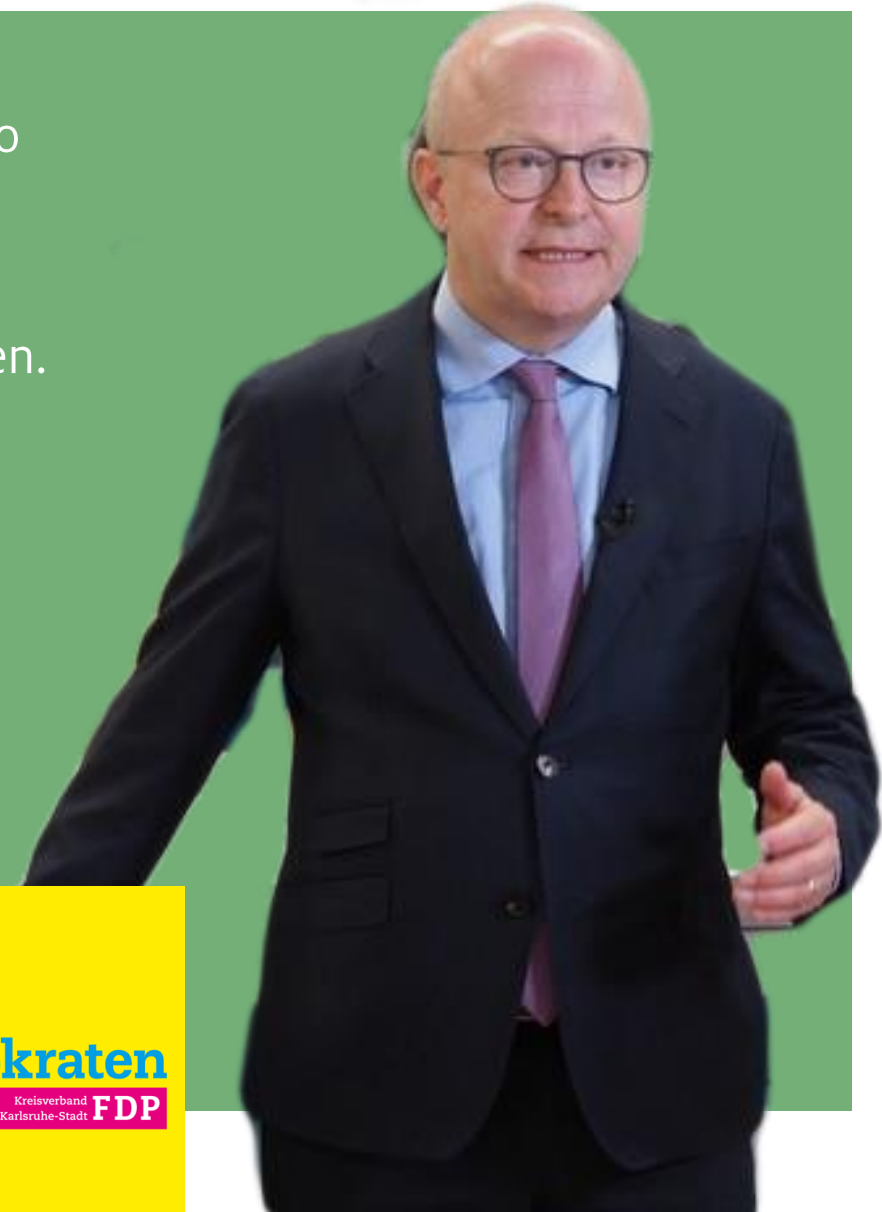
Eine kluge Stadtentwicklungspolitik, nachhaltige Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen, dass auch der Einzelhandel und das Handwerk dort eine Zukunft haben. Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit man auch in Zeiten immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen insbesondere der inhabergeführte stationäre Einzelhandel attraktive Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Was wollen Sie für mehr Wettbewerbsfairness in der Plattformökonomie tun?

Ganz wichtig, die Plattformökonomie muss endlich Steuern zahlen, so wie jeder Händler auch. Wir begrüßen es, wenn auch lokale Händler oder Händlergruppen ihre Angebote online anbieten. Die Lieferwege sind dann kürzer und schneller als bei den überregionalen Plattformen.



Freie
Demokraten

Kreisverband
Karlsruhe-Stadt **FDP**

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Was wollen Sie für mehr Wettbewerbsfairness in der Plattformökonomie tun?

Online-Handel und Plattformökonomie verändern den Handel dramatisch. Damit nicht nur die großen Digitalkonzerne profitieren, werden wir Plattformen für den regionalen Handel und regionale Dienstleistungen fördern. Der Handel vor Ort darf steuerlich nicht gegenüber dem Onlinehandel ins Hintertreffen geraten. Darum haben wir dafür gesorgt, dass digitale Handelsplattformen dafür in Haftung genommen werden, wenn HändlerInnen, die über die Plattform Geschäfte abwickeln, die Umsatzsteuer nicht zahlen. Wir werden weiterhin konsequent gegen Steuerbetrug im Onlinehandel vorgehen. Maßnahmen gegen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping werden wir vorantreiben.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Was wollen Sie für mehr Wettbewerbsfairness in der Plattformökonomie tun?

Die Regierung hat es sträflich versäumt, den Plattformbetreibern gesetzliche Grenzen zu setzen, um die Beschäftigten vor Lohndumping und miesen Arbeitsbedingungen zu schützen. Gegenwärtig wird es Plattformbetreibern viel zu leicht gemacht, ihrer Verantwortung für elementare Pflichten und Risiken ihrer Geschäftsmodelle zu entziehen.

Alle alten und neuen Regelungen zur Statusfeststellung, sozialen Sicherung, Entlohnung und Arbeitsschutz müssen in Zukunft dicht kontrolliert und auch mit Hilfe von Sanktionen durchgesetzt werden. Das heißt, dass die zuständigen Stellen (wie Finanzämter, Sozialversicherungen und Finanzkontrolle Schwarzarbeit) mehr Kompetenzen, Personal und Ressourcen benötigen werden. Gesetzlich ist davon auszugehen, dass beim Gig-Work grundsätzlich eine abhängige Beschäftigung besteht. Dies muss im Einzelfall widerlegt werden.

Durch das Schließen dieser Gesetzeslücken würde die Wettbewerbsfairness zwischen Plattformökonomie und stationärem Handel gestärkt.



DIE LINKE.



Verbände - Allianz - Karlsruhe

Die Landtags-Kandidaten zu den wichtigsten Fragen des Handwerks

Wie ist Ihr Masterplan, um dem Handwerk eine adäquate Wertschätzung und Sichtbarkeit in unserer Stadt zu geben, damit zukünftig auch in Karlsruhe die Verfügbarkeit des Handwerks gewährleistet ist und wie wollen Sie dem Hand-werk gerade jetzt in der Pandemie-Zeit helfen?

Wie ist Ihr Masterplan für das Handwerk und wie unterstützen Sie die Branche in der Pandemie?

Die Wertschätzung einer Branche hat auf den Arbeitsmarkt einen entscheidenden Einfluss. Ein Indikator für fehlende Wertschätzung ist der Fachkräftemangel. Die Herabsenkung von Qualitätsstandards durch Abschaffung des Meisterbriefs ist sofort zu stoppen. Der Weg in die Selbständigkeit braucht einen neuen gesellschaftlichen Stellenwert und muss in das Bewusstsein der Menschen gerückt werden. Die Einführung eines Unterrichtsfachs „berufliche Selbstständigkeit u. Marktwirtschaft“ und eine daran anknüpfende praxisorientierte Berufsbegleitung (Schule, Ausbildung, Karriere) sind über „Karriere-Zentren“ zu realisieren (Träger: berufsständische Verbände; Fördermittelfinanzierung) zu realisieren.

Masterplan:

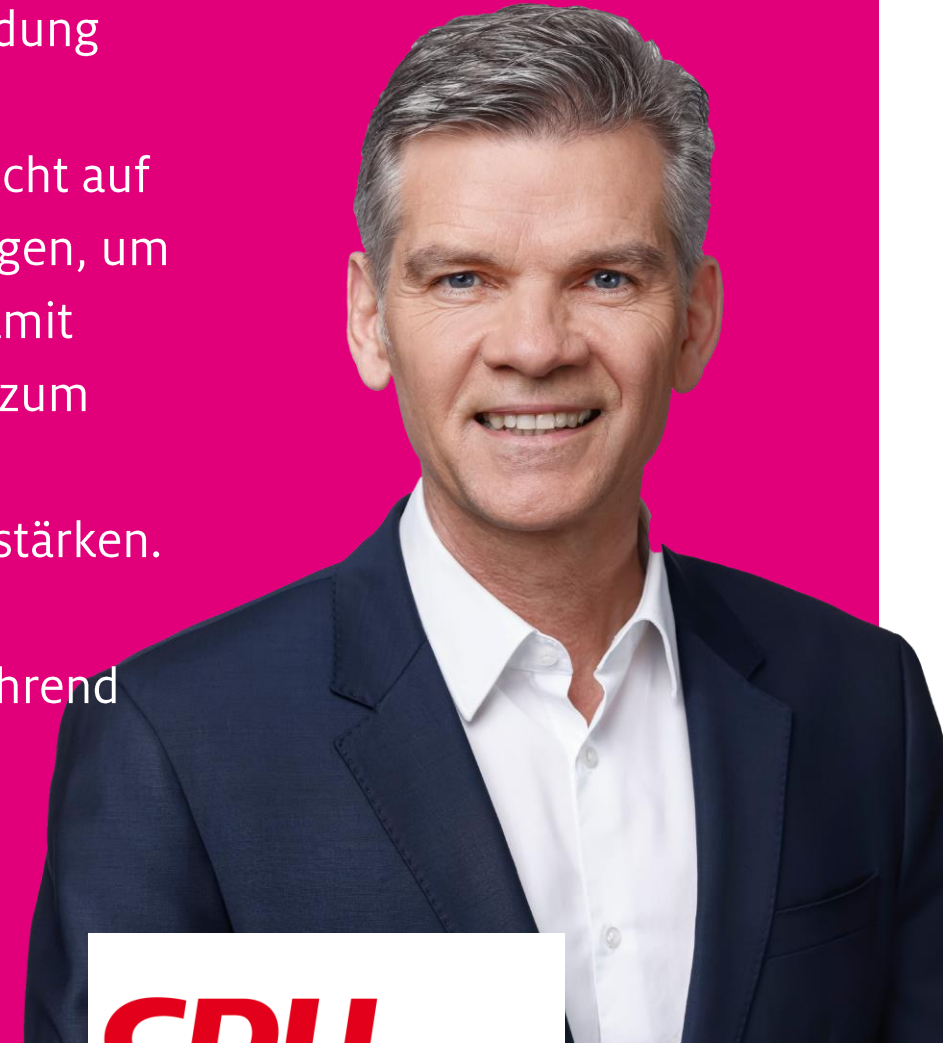
- Wiedereinführung Meisterbrief, Gründungszuschuss, Gründercoaching nach der Ausbildung und aus der Arbeitslosigkeit
- Gründung v. „Karriere-Zentren“
- Keine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige
- Abschaffung des Mindestbeitrags der gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige
- Abschaffung der CO₂-Steuer u. Stromsteuer
- Konjunkturprogramm (Beschleunigung öffentlicher Vergabeverfahren)



Alternative
für
Deutschland

Wie ist Ihr Masterplan für das Handwerk und wie unterstützen Sie die Branche in der Pandemie?

Der Union und mir ist es ein Anliegen, dass die handwerkliche Ausbildung den gleichen Stellenwert und die gleiche Wertschätzung wie eine akademische Ausbildung erhält. Daher werden wir wieder mehr Gewicht auf die Ausbildung junger Menschen als Facharbeiter und Handwerker legen, um dem Fachkräftemangel in diesen Bereichen wirksam zu begegnen. Damit eine Karriere in der beruflichen Bildung als gleichwertige Alternative zum Studium für jeden und jede erkennbar ist, wollen wir den Deutschen Qualifikationsrahmen als bildungspolitisches Transparenzinstrument stärken. Zudem werden wir das Aufstiegs-BAföG fortentwickeln. Dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige auch während ihres Berufs weiterqualifizieren können, ist ein Schlüssel zur Chancengerechtigkeit sowie zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

Wie ist Ihr Masterplan für das Handwerk und wie unterstützen Sie die Branche in der Pandemie?

Das Handwerk ist für uns unverzichtbar. Es ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Das Handwerk bietet krisensichere Arbeitsplätze und trägt entscheidend zur ökologischen Wende bei. Es bietet auch im ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Kleineren Gewerben wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über die Baunutzungsverordnung eine zentrale Lage bewahren und neu ermöglichen.

Nach der Corona-Krise dehnen wir kleine und mittlere Unternehmen den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen attraktive und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen ein und helfen KMU, sich mit vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden zu müssen.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Wie ist Ihr Masterplan für das Handwerk und wie unterstützen Sie die Branche in der Pandemie?

Wir wollen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen des Handwerks Perspektiven in Städten aber auch in ländlichen Regionen schaffen. Voraussetzung hierfür sind eine gute digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und ein starkes duales Bildungssystem. Abwanderung, Überalterung und Fachkräftemangel setzen dem Handwerk besonders hart zu. Deshalb brauchen wir moderne Ansätze der Personalgewinnung. Wir wollen unseren Mittelstand und unsere Hidden Champions stärken! Dazu gehört, dass der Handwerksmeister die gleiche Wertschätzung verdient wie ein Universitätsabsolvent.



Freie
Demokraten
Kreisverband
Karlsruhe-Stadt FDP

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Wie ist Ihr Masterplan für das Handwerk und wie unterstützen Sie die Branche in der Pandemie?

Wir stehen an der Seite der vielen Unternehmen, die ihre soziale, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung ernst nehmen. Das Handwerk ist der entscheidende Partner, damit die Klimawende vor Ort gelingt. Wir werden das Handwerk fördern, indem wir Gebühren für TechnikerInnen- und MeisterInnenkurse abschaffen und uns für die Tarifbindung im Handwerk einsetzen. Wir unterstützen das Handwerk in dem Bemühen, mit neuen Ausbildungskonzepten dem Fachkräftemangel zu begegnen und berufliche Ausbildung praxisnah mit Schule und Hochschule zu verknüpfen. Wir fördern und erkennen die Rolle des Handwerks bei der Ausbildung und Integration junger Menschen aus allen Teilen der Welt an.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Wie ist Ihr Masterplan für das Handwerk und wie unterstützen Sie die Branche in der Pandemie?

DIE LINKE setzt sich für die Handwerker ein, die tagtäglich mit teils harter körperlicher Arbeit dieses Land am Laufen halten. Statt der Aufweichung des Mindestlohnes und der Deckelung, braucht es Investitionen und Tarifverträge. Wir fordern ein Investitionspaket für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft in Höhe von jährlich 120 Milliarden Euro. Es bedarf daher einer Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive im Handwerk, um den Bedarf an Fachpersonal in allen Bereichen zu decken.

Zusätzlich muss der Bund dafür sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk und andere Bereiche einführen können. Wir schlagen ein Förderprogramm »Jedes Dorf braucht einen Laden!« und eine Reform des Gewerbemietrechts zum Schutz und für die Wiederansiedlung kleiner Läden, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe vor. Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder sowie Arzneimittel wollen wir ermäßigte Steuersätze.



DIE LINKE.

Das Handwerk fordert ein Gründerzentrum mit den Schwerpunkten Gründung, Digitalisierung, Betriebsübergabe und Klimaschutz in Karlsruhe. Wie ist hierzu Ihre Position?

Ein Gründerzentrum für Gründung, Digitalisierung, Betriebsübergabe und Klimaschutz in Karlsruhe. Wie ist hierzu Ihre Position?

Aktive Förderung von Gewerbeansiedlung, Gewerbehöfen und Gründerzentren
Die Stadt Karlsruhe soll Handwerksbetrieben und potentiellen Existenzgründern für verbesserte Gründungs- und Wachstumschancen attraktive Gewerbeflächen mit langfristigen Mietverträgen zu dauerhaft günstigen Konditionen anbieten, um Planungssicherheit durch bezahlbare und geeignete Gewerberäume sicherzustellen.

Ankauf und Vermietung von Flächen und Gebäuden in urbanen Zentren, Innerstädtischen Räumen mit verdichteter Bauweise, in gut erschlossener Lage und Infrastruktur zur Unterstützung von Ansiedlungsaktivitäten von Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks sowie gewerberelevanter Beratungs- und Dienstleistungen.

Ziel ist die Ansiedlung von aufeinander abgestimmten Handwerksbetrieben und Dienstleistern in einer kundennahen Mischung von Handwerk, Arbeiten, und Wohnen in urbanen Verdichtungs-räumen. Einbindung zentraler Beratungs- und Serviceleistungen sowie Vermietung von Büros, Gemeinschaftsräumen und sonstigen Flächen zu Gunsten von Kosten- und Synergieeffekten.



Alternative
für
Deutschland

Ein Gründerzentrum für Gründung, Digitalisierung, Betriebsübergabe und Klimaschutz in Karlsruhe. Wie ist hierzu Ihre Position?

Die Schaffung eines solchen Gründerzentrums begrüße ich ausdrücklich. Gerade in der Phase der Unternehmensgründung ist es oftmals schwierig, geeignete Räumlichkeiten für die eigene Unternehmensgründung zu finden, die mit Blick auf die oftmals noch volatile Auftragslage auch finanzierbar ist. Einen weiteren Vorteil eines solchen Zentrums sehe ich darin, dass durch die Ansiedlung mehrerer junger Unternehmen an einem Standort Synergieeffekte entstehen können, die den einzelnen Unternehmen stabilere Auftragslagen zu Beginn ihrer unternehmerischen Tätigkeit ermöglichen können. Schließlich bin ich der Überzeugung, dass ein modernes Gründerzentrum mit jungen Unternehmen eine besondere Anziehungskraft gegenüber jungen, am Handwerk interessierten, Menschen entfalten kann, durch die Attraktivität der beruflichen Ausbildung noch weiter steigen könnte.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

Ein Gründerzentrum für Gründung, Digitalisierung, Betriebsübergabe und Klimaschutz in Karlsruhe. Wie ist hierzu Ihre Position?

In Karlsruhe setzt sich die Grüne Gemeinderatsfraktion für ein modernes Gründerzentrum für das Handwerk ein. Die Gründungsförderung auf Bundesebene wollen wir durch vielfältige Instrumente fördern. Wir wollen den Ausbau von Förderprogrammen für Gründungszentren vorantreiben. Die stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen soll zum neuen Ausgründungsstandard werden. Mit einem Gründungskapital wollen wir einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro sicherstellen, um dafür zu sorgen, dass keine gute Idee oder Neustart an zu wenig Eigenkapital scheitert. Bedingung ist, dass die geförderte Gründung sich an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausrichtet und eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durch Sachverständige durchgeführt wird. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein Verwaltungsdickicht zu quälen, sollen sie Information, Beratung und Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle erledigen können – überall in Deutschland. In den ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend von Melde- und Berichtspflichten befreit werden.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Ein Gründerzentrum für Gründung, Digitalisierung, Betriebsüber- gabe und Klimaschutz in Karlsruhe. Wie ist hierzu Ihre Position?

Wir sehen dieses Vorhaben absolut positiv. Die lokale FDP-Fraktion hat hierzu bereits Anfragen und Anträge im Stadtparlament gestellt. Alle Ebenen befürworten ein Gründerzentrum.



Freie
Demokraten
Kreisverband
Karlsruhe-Stadt FDP

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Ein Gründerzentrum für Gründung, Digitalisierung, Betriebsübergabe und Klimaschutz in Karlsruhe. Wie ist hierzu Ihre Position?

In Karlsruhe wollen wir gemeinsam mit der SPD-Gemeinderatsfraktion, der Kreishandwerkerschaft, der Innungen und der städtischen Wirtschaftsförderung nach einem geeigneten Standort für ein erstes Handwerker Gründerzentrum suchen. Das ist aktuell in Prüfung. Das ist für uns ein ganz wichtiges Projekt zur Steigerung der Innovationskraft und für zukunftsfähige Arbeitsplätze in unserer Stadt.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Ein Gründerzentrum für Gründung, Digitalisierung, Betriebsübergabe und Klimaschutz in Karlsruhe. Wie ist hierzu Ihre Position?

DIE LINKE setzt sich für ein Gründungszentrum inmitten der Innenstadt mit einem Schwerpunkt auf Gründungsberatung und der Vermittlung günstiger Immobilien ein. Ein solches Zentrum brächte neue Anregungen zur Unternehmensgründung. Wenn die Zahl der Gründungen mit kreativen Geschäftsideen wächst, wird die Innenstadt neu kultiviert und auch der Einzelhandel wird so einen neuen Aufschwung erleben. Dabei muss besonders eine sozial und ökologisch ausgerichtete Zukunft im Zentrum stehen.



Michael Brandt, Kandidat der DIE LINKE

DIE LINKE.

Die craft.ROADSHOW der Kreishandwerkerschaft ist ein wichtiges und erfolgreiches Format, um an Karlsruher Schulen Nachwuchskräfte für eine Ausbildung im Handwerk zu begeistern. Wie werden Sie die craft.ROADSHOW unterstützen?

Wie werden Sie die craft.ROADSHOW der Kreishandwerkerschaft Karlsruhe unterstützen?

Die craft.ROADSHOW ist ein positives Beispiel für ein modernes, zielgruppenspezifisches und niedrighschwelliges, aber vor allem auch Direkt-Marketing-Format der Berufsberatung, das entsprechend seiner Grundkonzeption weiter entwickelt werden sollte. Auch die Selbständigkeit sollte als berufliche Möglichkeit in das Bewusstsein der Jugendlichen gerückt werden. Die Einführung eines dauerhaften Unterrichtsfachs „berufliche Selbstständigkeit, Marktwirtschaft und Wohlstand“ könnte bereits die Grundlage zur Vorbereitung der craft.Roadshow schaffen und grundsätzliches Interesse wecken.

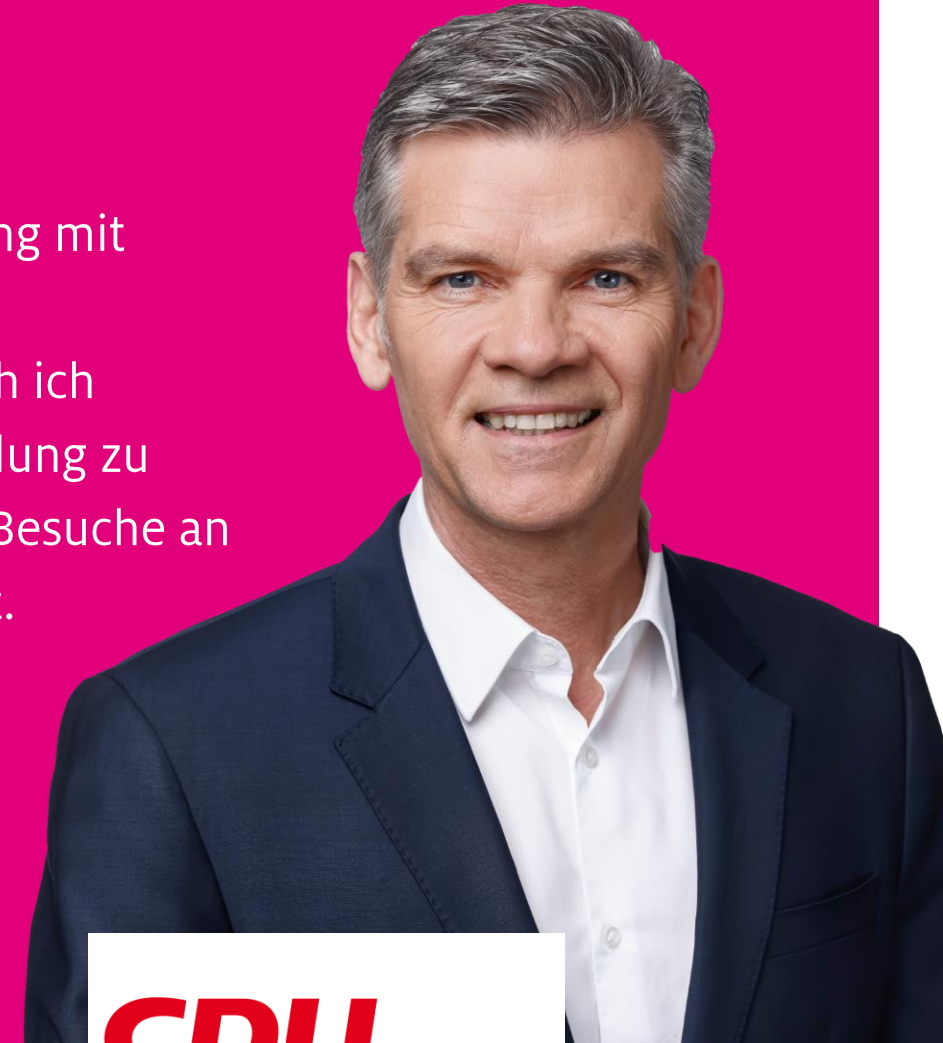
Daran anknüpfend sollte eine praxisorientierte Berufsentwicklungsbegleitung und -beratung bis hin zur Karriereentwicklung über staatlich finanzierte, dezentrale Berater mit entsprechender Planstelle im Bereich Wirtschaftsförderung in unserer Region eingerichtet werden.



Alternative
für
Deutschland

Wie werden Sie die craft.ROADSHOW der Kreishandwerkerschaft Karlsruhe unterstützen?

Die unionsgeführte Bundesregierung fördert die berufliche Ausbildung mit zahlreichen Programmen, unter anderem dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“. Daher unterstützen die Union, aber auch ich persönlich alle Bestrebungen, junge Leute für eine berufliche Ausbildung zu begeistern. Gerne begleite ich die craft.ROADSHOW bei einem ihrer Besuche an Karlsruher Schulen, sobald die pandemische Lage dies wieder zulässt.



Ingo Wellenreuther, Kandidat der CDU

Wie werden Sie die craft.ROADSHOW der Kreishandwerkerschaft Karlsruhe unterstützen?

Auch hier liegt der Schlüssel zur Unterstützung dieses erfolgreichen Formats eher in der kommunalen Kooperation. Auf Bundesebene kann dieses Programm als Vorbild dienen. Wir müssen Ausbildungen im Handwerksbereich wieder attraktiver machen.

Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufsbegleitende Bildung. Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und Modernisierung insbesondere der Lehrinhalte und Ausstattung aufgewertet werden. Die Finanzierung bedarf der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch im Weg stehen, bauen wir ab. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse. Wir unterstützen Betriebe, die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben.



Zoe Mayer, Kandidatin von Bündnis 90 Die Grünen

Wie werden Sie die craft.ROADSHOW der Kreishandwerkerschaft Karlsruhe unterstützen?

So, wie das Handwerk auch im Bereich der Ausbildung gestärkt werden muss, genau so ist die Suche nach Nachwuchs eine essentielle Aufgabe. Das Format gefällt uns sehr gut. Bei Interesse unterstützen wir gerne durch Abgeordnete aus Kommune, Land, Bund und Europa.



Freie
Demokraten
Kreisverband
Karlsruhe-Stadt FDP

Michael Theurer, Kandidat der FDP

Wie werden Sie die craft.ROADSHOW der Kreishandwerkerschaft Karlsruhe unterstützen?

Die Kampagne ist eine hervorragende Idee, um das Handwerk zu stärken und für mehr Fachkräfte im Handwerk zu werben. Ich möchte mich dafür im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit in Berlin einsetzen, die Kampagne an Bundesprogramme anzudocken.



Parsa Marvi, Kandidat der SPD

Wie werden Sie die craft.ROADSHOW der Kreishandwerkerschaft Karlsruhe unterstützen?

DIE LINKE begrüßt die craft.Roadshow, denn wir wollen das Handwerk stärken und deutlich machen, dass diese Berufe wichtig und gut sind. Die craft.Roadshow leistet einen kreativen Beitrag zur Anwerbung von Nachwuchskräften im Handwerk. Gerne setzen wir uns für eine kommunale Förderung des Formats ein.



Michael Brandt, Kandidat der DIE LINKE

Jetzt haben Sie die Wahl:

Gehen Sie
am 26.September 2021
wählen!



Verbände - Allianz - Karlsruhe